

Feske, Johannes

Article — Digitized Version

Ein neuer Weg in der Exportfinanzierung

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Feske, Johannes (1973) : Ein neuer Weg in der Exportfinanzierung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 53, Iss. 2, pp. 76-77

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134502>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Ein neuer Weg in der Exportfinanzierung

Johannes Feske, Hamburg

Das Problem der langfristigen Exportfinanzierung ist neuerdings wieder aktuell geworden. Die Diskussionen im Arbeitsausschuß „Finanzierung“ der Deutschen Gesellschaft für Betriebswirtschaft lassen erkennen, daß die für die Finanzierung der deutschen Ausfuhr zur Verfügung stehenden Fazilitäten nicht für ausreichend erachtet werden. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt das unter dem Namen „Düren-Studie“ bekanntgewordene Gutachten über die Probleme der deutschen Exportkreditversicherung und Exportfinanzierung.

Gründe für eine verstärkte Exportfinanzierung

Das gleichzeitige Auftreten zweier unabhängiger Stellungnahmen ist keineswegs zufällig, sondern spiegelt den verstärkten Bedarf der Exportwirtschaft an langfristigen finanziellen Mitteln wider. Gründe für diese Entwicklung sind einerseits in der monetären Situation zu sehen. Durch die Abwertung des Dollars und des Pfundes und durch andere Eingriffe in den internationalen Kapitalverkehr hat sich die Wettbewerbsposition der deutschen Wirtschaft deutlich verschlechtert. Auch interne Faktoren haben die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft beeinträchtigt. Die Lohn-Stück-Kosten – gemessen an Dollar-Werten – sind zwischen 1967 und 1971 in der BRD mit 43,5 % schneller gestiegen als in Japan (25,7 %), Großbritannien (15,3 %), Frankreich (4,9 %) und in den USA (15,6 %)¹).

Durch diese Entwicklung wurde insbesondere die exportintensive Investitionsgüterindustrie betroffen. Spezialisierte Maschinenbauunternehmen

¹) Vgl. US-Department of Labor: Monthly Labor Review, Juli 1972.
²) Bei Geschäften bis zu 2 Jahren 25%, bei längerfristigen Geschäften 40%.

Johannes Feske, 69, Dr. rer. pol., ist Honorarprofessor an der Universität Hamburg. Er war Generalbevollmächtigter der Deutsche Bank AG und Mitglied des Vorstandes der Deutschen Ueberseeischen Bank sowie Koordinator der europäischen EBIC-Bankgruppe.

bleiben auf den Weltmarkt angewiesen, da der Inlandsmarkt zu wenig aufnahmefähig ist. Daher treten in diesen Zweigen besonders hohe Exportquoten auf; so ermittelte der VDMA 1969 Exportquoten von 46 % für den Maschinenbau, 64 % im Anlagenbau und 67 % im Großanlagenbau.

In dem Maße, wie die deutsche Investitionsgüterindustrie auf dem Preissektor an Wettbewerbsfähigkeit verliert, ergibt sich die Notwendigkeit, dieser Branche auf dem Sektor der Finanzierung, die den Absatz entscheidend mitbestimmt, jene Möglichkeiten einzuräumen, wie sie auch ausländische Konkurrenten erhalten.

Bisherige Möglichkeiten

Das deutsche Bankwesen ist sich dieser speziellen Aufgabe bewußt, und das private Bankgewerbe hat durch die Schaffung der AKA-Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH und durch die Dotierung des Plafonds A mit eigenen Mitteln schon von Anbeginn einen besonderen Beitrag geleistet. Das private Bankgewerbe finanziert über die Konsortialquote den Plafond A; ferner übernimmt die Hausbank die sogenannte Hausbankquote²) und ist gegebenenfalls bei der Finanzierung des auf die Lieferfirma entfallenden Eigenanteils (15–20 %) behilflich. Dadurch wird der nominelle Rahmen des Plafonds – zur Zeit bei 3 Mrd. DM, einschließlich Zusagen sogar bis zu 4,5 Mrd. DM – wesentlich erweitert. Erfreulicherweise ist auch der Plafond B, den die Bundesbank im Rahmen einer Rediskontgrenze zur Verfügung stellt, auf 3 Mrd. DM erweitert worden und wird in der Praxis analog Plafond A behandelt. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KW) unterstützt den Export von Investitionsgütern in Entwicklungsländer vor allem durch eine Parallel- und Anschlußfinanzierung und bestreitet wohl nahezu ausschließlich die Finanzierung bei liefergebundenen Finanzkrediten.

Die Kapitalhilfekredite des Bundes kamen trotz fehlender Bindung an deutsche Lieferungen der deutschen Ausfuhrwirtschaft gleichfalls zugute, weil Aufträge im wesentlichen Ausmaß an deutsche Firmen gefallen sind. Für diese Lieferungen wären sonst Mittel für eine langfristige Kreditge-

währung in Anspruch genommen worden. An inländischen Finanzierungshilfen seien der Vollständigkeit halber noch die Werfthilfeprogramme erwähnt.

Ferner profitiert die deutsche Exportindustrie von internationalen Einrichtungen wie Weltbank/IDA, EWG-Entwicklungsfonds, Europäische Investitionsbank, Interamerikanische Entwicklungsbank usw. Von der Finanzhilfe, die die genannten Institutionen ausländischen Bestellern gewähren, kommt also ein Teil deutschen Unternehmen zugute.

Neue Formen der Exportfinanzierung

Die Bedeutung der geschilderten Verfahren für die Exportfinanzierung darf nicht unterschätzt werden; dennoch sind sie nicht ausreichend. Zwei neue Formen der Exportfinanzierung versuchen die bestehende Lücke zu schließen.

Die erste betrifft den Verkauf von Exportforderungen (die sogenannte Forfaitierung); sie ist für die deutschen Lieferfirmen insofern vorteilhaft, als sie ihren Bilanzen die entsprechende Belastung erspart. Nach zunächst bescheidenen Anfängen hat sich die Forfaitierung dank der Bemühungen der Banken in einem erfreulichen, aber bei weitem nicht befriedigenden Ausmaß entwickeln lassen. Der nationale wie internationale Markt ist nur am Erwerb kurz- und mittelfristiger verbriefteter und in der Regel bankavalierter Forderungen interessiert.

Mit der Schaffung des Plafonds C, wobei es sich um eine Kreditlinie von zur Zeit 250 Mill. DM handelt, stellt sich auch die AKA für die Übernahme von Forderungen deutscher Exporteure an ausländische Abnehmer zur Verfügung. Diese Konstruktion, die einer Forfaitierung nahekommt, beläßt aber den Exporteur in einem gewissen Obligo. Daher blieb die Ausnutzung des Plafonds C, was die sogenannte Forfaitierung anbetrifft, hinter den Erwartungen zurück.

Der Plafond C scheint sich dagegen in seiner weiteren Funktion, Kredite an ausländische Abnehmer zur Finanzierung der Exporte (Finanzkredite) zu gewähren, erfreulicherweise zu bewähren. Es bleibt aber verständlich, daß die Suche nach weiteren Finanzierungsquellen unverändert fortgesetzt wird und zur Diskussion noch nicht oder noch nicht genügend erörterter Möglichkeiten führt.

Finanzierung durch Anleihen?

Wahrscheinlich kann davon ausgegangen werden, daß die Banken ihr Finanzierungspotential weitgehend ausgenutzt haben und auch der Staat zu neuen Finanzierungshilfen für Exporteure wenig Bereitschaft zeigt. Unter diesen Umständen ist für die Industrie die Möglichkeit der Finanzierung deutscher Ausfuhrforderungen durch die Plazie-

rung von Anleihen vorstellbar. Dazu müßte eine Trägergesellschaft als Emittent ins Leben gerufen werden. Es wäre eine Aufgabe der Industrie, das Kapital einer solchen Finanzierungsgesellschaft – Bankeigenschaft braucht sie wohl nicht zu haben – aufzubringen. Die einzelnen Industriezweige, (Chemie, Elektrizität, Anlagegüter usw.) könnten dabei Quoten übernehmen, die sich am Anteil der Branchen am langfristigen Investitionsgüterexport ausrichten. Das Kapital sollte zu 25 % eingezahlt werden, um eine tunlichst hohe Haftsumme zu erreichen.

Die Finanzierungsgesellschaft würde als Treuhänder der von ihr finanzierten Ausfuhrforderungen zugunsten der beteiligten Industrieunternehmen fungieren. Dem Kapitalgeber würde die Finanzierungsgesellschaft Sicherheiten in Form der eigenen Haftung sowie in den Ansprüchen aus der Ausfuhrkreditversicherung bieten. Jede Erleichterung und bessere Ausgestaltung der Bundesbürgschaften und Garantien käme dem Verfahren zugute. Es wird aber bewußt vom derzeitigen Stand ausgegangen, um darzulegen, daß die Finanzierung durch Plazierung von Anleihen auch schon unter den obwaltenden Umständen möglich sein sollte.

Die Finanzierungsgesellschaft der Exportindustrie wäre quasi ein Spiegelbild zur AKA; dort vereinen sich die Gläubiger, hier die Schuldner. Erfahrung und Technik der AKA kämen dem neuen Modell zugute.

Den Anleihen wird ein Bündel ganz bestimmter Ausfuhraufträge zugrunde liegen; Rückzahlungen korrespondieren mit der Rückführung der Forderungen. Da nur finanziert wird, was in Deckung genommen wurde, gewinnen diese Anleihen den Charakter einer Bundesanleihe.

Es wird nicht daran gedacht, die bisher vorhandenen Kredithilfen zu vernachlässigen, sondern sie vielmehr zu ergänzen. Insofern konkurriert die Finanzierungsgesellschaft der deutschen Exportindustrie nicht mit den Banken, sondern bleibt auf deren Mitwirkung angewiesen (Plazierung der Anleihen bzw. deren Vorfinanzierung für die Zeit bis zum Ablauf der Gewährleistungsfristen der den Anleihen zugrunde liegenden Exportaufträge). Kreise, die bisher nicht oder nur in geringem Ausmaß an der Finanzierung des deutschen Exports haben mitwirken können, könnten hierfür durch die Schaffung eines fungiblen Papiers gewonnen werden. Im Zuge des Ausbaus der Finanzierungsgesellschaft sollte es z. B. möglich werden, auch Anleihen in fremder Währung zu plazieren.

Das Modell würde auch in den Kreis der jüngst von der deutschen Bundesregierung getroffenen Maßnahmen passen, so daß das Verfahren die Billigung und Unterstützung der betreffenden Behörden finden dürfte.